



Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 29.05.2008

Besichtigung:

Besichtigung:

16:00 Uhr

16:45 Uhr

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 18:20 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Bürgermeister Ogertschnig

Mitglieder:

Herr Stadtrat Braig

Herr Stadtrat Brenner

Frau Stadträtin Brunner

Frau Stadträtin Buttschardt

Herr Stadtrat Deeng

Herr Stadtrat Hagel

Herr Stadtrat Herzhauser

bis TOP 3 nö

Herr Stadtrat Keil

Herr Stadtrat Kolesch

Herr Stadtrat Prof. Dr.Nuding

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Weber

Herr Stadtrat Zügel

Stellvertreter/in:

Frau Stadträtin Handtmann

ab TOP 3 nö

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Rieger

Herr Stadtrat Wiest

Verwaltung:

Herr Brugger, Bauverwaltungsamt
Herr Dobler, Baubetriebsamt
Herr Fessler, Ordnungsamt
Herr Hansbauer
Herr Krause, OV Mettenberg
Herr Kuhlmann, Stadtplanungsamt
Herr Merkle, Baubetriebsamt
Herr Rechmann, Tiefbauamt

Gäste:

Herr Baron
Herr Elsner
Frau Mai
Presse

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
	Besichtigung des Informationssystems auf dem Stadtfriedhof	
1.	Erneuerung der Probststraße, Bauabschnitt 2	85/2008
2.	Stellplatzanlage Zeppelinring/Neherstraße	91/2008
3.	Sicherstellung der Finanzierung für die Maßnahme Ausbau der L 283 - Saulgauer Straße im Bereich der OD Biberach	80/2008
4.	Ersatzbeschaffung einer Großkehrmaschine für die Straßenreinigung bestehend aus einem Trägerfahrzeug und einem Kehraufbau	94/2008
5.	Winterdienstbericht 2007/2008	86/2008
6.	Bericht über die Straßenreinigung in Biberach im Jahr 2007	87/2008

Die Mitglieder wurden am 21.05.2008 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 24.05.2008 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP Besichtigung des Informationssystems auf dem Stadtfriedhof

BM Ogertschnig schickt voraus, die heutige Besichtigung diene dazu, das Informationssystem für den Stadtfriedhof vorzustellen, über das im Rahmen der Haushaltsplanberatung 2009 zu entscheiden sei. Des Weiteren würden Informationen zum geplanten zusätzlichen Angebot von „Urnengräbern in freier Landschaft“ gegeben.

Herr Elsner stellt das geplante Leitsystem für den Stadtfriedhof detailliert dar. Er verweist auf den Planer des Stadtfriedhofs, Herr Grzimek, der keinen schachbrettartigen, sondern einen organischen Aufbau des Areals (Oktagone) gewählt habe. Dieser mache das Zurechtfinden auf dem Gelände etwas schwierig. Abhilfe solle ein flexibles Leitsystem in Form von viereckigen Säulen mit bis zu 3-seitigen Leitinformationen schaffen. Die Höhe der Säulen sei so gewählt, dass einerseits genügend Platz für Informationen, andererseits auch ausreichend Bodenfreiheit gegenüber Bodendeckern bzw. Schneeanhäufungen bestehe. Gestalterisch gliedere sich die Säule in ein Kopffeld mit dem Buchstaben des Grabfeldes sowie in einen Bereich für Zusatzinformationen wie Richtungsweiser zu anderen Grabfeldern, den Ausgängen, der Aussegnungshalle etc.. Mit Rücksicht auf die gestalteten Gräber sei an eine zurückhaltende, aus zwei anthrazitfarbenen Tönen bestehende Farbgebung gedacht. Der Großbuchstabe des Grabfeldes sowie die kleinere weiße Schrift hätten dabei dennoch eine gewisse Signalwirkung. Eine Beleuchtung der Stelen bzw. der Schrift sei nicht angedacht bzw. auf dem Friedhof auch nicht gewünscht. Die Säulen bestünden aus Aluminium mit einem schmutzabweisenden Farbaufbau. Durch das Aufbringen der Beschriftung anhand einer Spezialfolie seien auch später notwendige Änderungen problemlos möglich. Vorgesehen sei ein stabiler Einbau der Säulen unter der Rasenoberkante in einem ca. 50 x 50 cm großen Kiesfeld. Für eine ausreichende Wegeführung würden ca. 45 – 50 Säulen notwendig. Die Eingangspläne werde man an das grafische Konzept entsprechend anpassen.

Herr Brugger weist darauf hin, dass sich viele Personen bei der Friedhofsverwaltung nach der Lage eines Grabes erkundigen und zur Orientierung derzeit einen Übersichtsplan erhalten – sich jedoch mit diesem oft schwer täten. Andere würden versuchen, sich an den Eingangsplänen zu orientieren, was jedoch auch nicht recht gelinge. Insbesondere für Auswärtige werde das geplante Informationssystem daher eine Erleichterung darstellen.

Auf Anfrage von StR Nuding betont Herr Elsner nochmals, die Säulen hätten einen quadratischen Querschnitt und würden in der Regel an 3 Seiten beschriftet. Die Schriftgröße werde dezent, jedoch so gewählt, dass die wegweisenden Informationen auch von Älteren problemlos lesbar seien.

StR Keil erkundigt sich, ob auch Hinweise auf einzelne, bedeutsame Gräber aufgenommen werden.

Herr Elsner erklärt, dies sei denkbar, würde hiervon aus Pietätgründen jedoch eher abraten. Er fährt fort, die ursprüngliche Idee – die Stelen direkt auf den Wegen aufzustellen – habe man verworfen, um den Winterdienst nicht zu beeinträchtigen.

StR Herzhauser schlägt eine leichte Abschrägung des Säulenkopfes vor, um bei Regen einen entsprechenden Selbstreinigungseffekt zu erzielen.

Herr Elsner erklärt, in gewissem Maß sei dieser Effekt bereits durch das Material gegeben.

StRin Buttschardt befürwortet die geplante Abgrenzung der Säulen gegenüber den Grünflächen durch eine Kiesschicht.

StR Rieger möchte wissen, ob für Ortsunkundige die Erstellung eines Indexes sämtlicher Gräber mit jeweiliger Standortangabe möglich sei.

Herr Hansbauer führt hierzu aus, an den Wochentagen könne man sich bei der Friedhofsverwaltung nach der Lage eines Grabes erkundigen – diese Möglichkeit bestehe jedoch an den Wochenenden nicht. Man habe deshalb bereits die Auslage eines Indexes erwogen – schwierig sei jedoch dessen Fortschreibung.

StR Wiest und StRin Kübler loben Art und Form des geplanten Informationssystems. StRin Kübler spricht sich zudem dafür aus, die Eingangspläne für einen entsprechenden Wiedererkennungseffekt im selben Anthrazitton zu halten.

Herr Elsner merkt an, die einzelnen Standorte sowie die jeweiligen Säulen habe man bereits ausgearbeitet. Es sei jedoch durchaus möglich, dass noch einzelne Korrekturen notwendig werden. Er weist darauf hin, dass die Stelen hin und wieder von der umgebenden Bepflanzung freigeschnitten werden müssen und betont, auf die gestalterische Qualität habe man ein besonderes Augenmerk gelegt.

BM Ogertschnig beziffert die Kosten pro Säule komplett mit Einbau vor Ort auf 700 – 900 €.

Auf Anfrage von StRin Buttschardt erklärt Herr Elsner weiter, gegen Vandalismus in Form von Graffiti auf den Säulen sei kein Kraut gewachsen – man könne diese jedoch leicht entfernen. Die Säulen seien mit Gewindestäben befestigt und daher austauschbar.

Zum Thema Urnengräber führt Herr Brugger aus, der Stadtfriedhof verfüge über bepflanzte Urnengräber als auch über ein anonymes Urnengrabfeld. Ähnlich den sogenannten Friedwäldern in anderen Gemeinden wolle man nun eine Zwischenlösung dieser beiden Varianten anbieten. Es handle sich hierbei um eine naturbelassene Urnengrabstätte in Form eines Parks ohne angelegte Grabreihen. Die Urnenbestattung erfolge unter liegenden Natursteinplatten und sei damit nicht anonym; gleichzeitig bestehe jedoch auch keine Notwendigkeit einer zusätzlichen Bepflanzung. Um zu den Urnengräbern zu gelangen würden Besucher die Wiese durchqueren – deren Begehrbarkeit werde durch 5 – 6maliges Mähen pro Jahr gewährleistet. Er betont, der Wunsch nach pflegefreien, aber nicht anonymen Grabstellen sei vorhanden. Vorgaben zur Anordnung gebe es nicht – die Grabstelle könne innerhalb des Parks frei gewählt werden. Lediglich Größe (40 x 40 cm oder 50 x 50 cm) bzw. Gestaltung des Grabsteins (Natursteinplatte) würden festgelegt. Diese Form der Bestattung könne eine Konkurrenz zu sog. Friedwäldern darstelle, in welchen meist unterschiedliche Grabformen wie beispielsweise 10 Urnengräber unter einem Gemeinschaftsbaum oder ein Urnengrab pro Baum angeboten würden. Dem Gremium **sagt** er eine Vorlage zur Satzungsänderung, das heißt zur Ausweisung einer naturbelassenen Urnengrabstätte **zu**.

Herr Hansbauer berichtet, die anonyme Bestattung sei für viele ein Thema – gleichzeitig hätten die meisten jedoch den Wunsch, sich den Ort der späteren Bestattung auszusuchen.

StR Keil stellt fest, dass es sich bei Friedwäldern in aller Regel um ein eingezäuntes Areal nahe des Friedhofsgeländes handelt. Problematisch sehe er bei dieser Art der Bestattung die Tatsache, dass Bäume nicht ewig bestehen und Stürme entsprechende Schäden anrichten können.

Herr Hansbauer erklärt, dies sei auch der Grund dafür, weshalb man in Biberach Bestattungen nicht an Bäume knüpfen wolle.

StRin Kübler interessiert, ob für die naturbelassenen Urnengräber von der Friedhofsverwaltung ein einheitlicher Grabstein zur Verfügung gestellt werde und wie groß man den Abstand zwischen den einzelnen Gräbern wählen werde. Sie erkundigt sich zudem nach der Möglichkeit einer späteren Erweiterung.

Herr Brugger betont, einheitliche Steinplatten werde es nicht geben – Größe, eine entsprechende Graufärbung sowie eine nichtglänzende Oberfläche und der Verzicht auf erhabene Schriften könnten jedoch festgelegt werden. Der Abstand zwischen den Gräbern sei noch zu definieren – denkbar sei es, Familien näher zusammenrücken zu lassen.

Herr Hansbauer ergänzt, bei Bedarf stehe eine Erweiterungsfläche zur Verfügung. Auf Anfrage von StR Deeng nach einem entsprechenden Angebot in den Teilorten erklärt er, dies gestalte sich schwierig.

Er weist weiter darauf hin, dass die Grabstellen, sofern sie von Angehörigen nicht regelmäßig gepflegt werden, komplett einwachsen werden. Nach Ablauf der Ruhezeit würden die Grabstellen abgebaut. Auf Nachfrage von StR Nuding erklärt er, die Aushubarbeiten vor der jeweiligen Bestattung würden nicht durch die Angehörigen, sondern von der Friedhofsverwaltung vorgenommen. Wasserbestattungen seien auf dem städtischen Friedhof nicht denkbar, da der bestehende Weiher einen Zu- und Ablauf besitze.

Zu den öffentlichen Toiletten im Friedhofsgebäude betont er auf Anfrage, eine behindertengerechte Toilette könne einerseits durch den Umbau der bestehenden Dusche andererseits durch den Umbau der Herrentoilette (insbesondere Anbau einer entsprechenden Rampe sowie Verbreiterung der Tür) geschaffen werden.

Herr Brugger stellt hierzu fest, für diesen Zweck habe man zwar Haushaltsmittel beantragt, diese seien jedoch gestrichen worden.

Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache 85/2008 zur Beschlussfassung vor.

StR Kolesch erkundigt sich, ob die derzeitige Anzahl an öffentlichen Stellplätzen erhalten bleibt. Ihn interessiert zudem das derzeitige Preisgefüge im Straßenbau – insbesondere, ob durch eine zeitigere Ausschreibung eine kostengünstigere Vergabe möglich gewesen wäre.

StRin Buttschardt hinterfragt das Erfordernis einer Sanierung des Verbindungswegs Probststraße / Alpenstraße und möchte wissen, weshalb diese bei Bedarf nicht bereits im 1. Bauabschnitt durchgeführt wurde.

StR Zügel weist auf Probleme mit dem Wasserdruck während des 1. Bauabschnitts „Probststraße“ hin und erkundigt sich, ob dies der Verwaltung bekannt sei.

BM Ogertschnig verneint dies – er werde sich hierzu mit den Stadtwerken in Verbindung setzen.

StRin Buttschardt lässt wissen, Ursache hierfür sei ein defekter Schieber gewesen, der mittlerweile instandgesetzt worden sei.

Herr Fessler bestätigt, dass die bisherige Anzahl an öffentlichen Stellplätzen erhalten bleibt.

Herr Rechmann führt aus, die Preise im Tiefbaubereich hätten um ca. 6,5 % angezogen.

BM Ogertschnig betont, dass bei einer Ausschreibung im Vorjahr jeweils lange Bindungsfristen notwendig wären. Vom Tiefbauamt müssten in diesem Fall zudem die jeweiligen Arbeiten um 1 Jahr vorverlegt und die Maßnahmen in die vorhergehende Haushaltsplanberatung eingebracht werden. Denn eine Fremdvergabe ohne vorherige Haushaltsmittelbereitstellung sei nicht zulässig.

Herr Rechmann weist darauf hin, dass die Anregung zur Sanierung des Verbindungswegs Probststraße / Alpenstraße von den Anwohnern erfolgte.

StRin Buttschardt schlägt vor, diesen zusammen mit der Alpenstraße im Jahr 2013 zu sanieren.

Herr Rechmann **sagt zu**, dies abzuklären und die Sanierung des Verbindungswegs gegebenenfalls von der heute zu beschließenden Maßnahme auszunehmen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss daraufhin unter der Prämisse der Prüfung der Sanierungsnotwendigkeit des Verbindungswegs Probststraße/ Alpenstraße folgenden

Beschluss:

- 1. Der Baumaßnahme für die Erneuerung der Probststraße, Bauabschnitt 2 im Rahmen des Haushaltsplanes wird zugestimmt.**

- 2. Die Straßenbauarbeiten werden an die günstigste Bieterin, die Firma Hämmerle GmbH & Co. KG, Oggelshausen, auf der Grundlage ihres Angebotes vom 30. April 2008 in Höhe von 177.902,33 € vergeben.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 91/2008 zur Beschlussfassung vor.

BM Ogertschnig schickt voraus, bei der vorgesehenen Nutzung des Areals handle es sich um eine Interimslösung bis zur Neuansbindung der Ulmer Straße im Zuge der Elektrifizierung der Bahn. Er weist auf Anfragen für eine Daueranmietung der Stellplätze – u. a. für den Zeitraum der Tiefgaragensanierung Kreissparkasse hin.

StR Kolesch betont die Bedeutung des Grundstücks für die Neuansbindung „Eselsberg“ und befürwortet die vorübergehende Nutzung als Stellplatzanlage. Bezüglich der Art der Stellplätze warte die CDU-Fraktion die diesbezügliche Prüfung der Verwaltung ab.

BM Ogertschnig gibt die Stellungnahme der Stadtwerke zur Kenntnis, wonach im Parkhaus Ulmer Tor durch die Wiedereröffnung des Parkhauses Theaterstraße lediglich mit einer Reduzierung der Belegung von 5-7% zu rechnen sei.

Für die Stellplatzanlage Zeppelinring/ Neherstraße werde man zusammen mit dem Ordnungsamt die Nachfrage nach Dauerstellplätzen z. B. für die Kreissparkasse oder für Anwohner der Innenstadt durch entsprechende Ausschreibung prüfen.

StR Keil erklärt, wünschenswert sei zur sozialen Kontrolle des Bereichs insbesondere eine Nutzung des Parkplatzes auch in den Abendstunden. Der Bedarf an Dauerparkplätzen für umliegende Einrichtungen, die Kreissparkasse, die Post etc. sei gegeben. Über die Form der Werbung hierfür könne sich die Verwaltung Gedanken machen. Der Vorlage stimme die SPD-Fraktion zu.

StR Zügel signalisiert seine Zustimmung zur Beschlussvorlage. Die Stellplätze sieht er als geeigneten Puffer während der Sanierung des Parkhauses am Museum. Zudem gebe es immer Personen, die Parkhäuser bzw. Tiefgaragen ungern nutzen – diesen komme die ebenerdige Parkplatzanlage entgegen. Auch der Antrag der FDP-Fraktion, auf dem Areal Dauerstellplätze einzurichten, könne sinnvoll sein. Er bittet die Verwaltung deshalb, den diesbezüglichen Bedarf zu prüfen und kann sich auch eine gemischte Nutzung zwischen Kurzzeit- und Dauerparkplätzen vorstellen.

StR Weber erklärt sich mit der Ausweisung von Stellplätzen im Anschluss an den Abriss des Gebäudes einverstanden – **beantragt** jedoch zur Vermeidung der Flächenversiegelung, die vorübergehende Stellplatzanlage nicht zu teeren, sondern wassergebunden auszuführen. Er verweist auf die ehemalige Stellplatzanlage am Ulmer Tor, die ebenfalls nicht geteert gewesen sei. Der eingesparte Betrag könne sinnvoller für eine Fahrgastinformationsanzeige am Bahnhof verwendet werden.

BM Ogertschnig stellt klar, die Verwaltung habe eine Teilasphaltierung (Fahrgassen und Behindertenstellplätze) vorgeschlagen, um den Betriebs- und Unterhaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten. Die Asphaltierung sei insoweit sowohl in wirtschaftlicher als auch ökologischer Hinsicht die bessere Lösung.

StR Braig erklärt, die Ausweisung von oberirdischen Stellplätzen –und sei es nur interimswise– sei ein lang gehegter Wunsch der FDP-Fraktion. Er weist auf den Bedarf an Dauerparkplätzen für Arbeitnehmer in der Innenstadt sowie auf das von der FDP-Fraktion bereits thematisierte Problem der Stellplatzablösung ohne konkrete Gegenleistung hin. Vor diesem Hintergrund **beantragt** er, in Beschlussantrag Nr. 1 den 2. Satz zu streichen und die Prüfung der Bewirtschaftungsart (Vermietung, öffentliche Stellplätze etc.) vorzubehalten. Er bittet die Verwaltung des weiteren um Informationen zur Planung „Elektrifizierung Südbahn“ und die damit einhergehende Neuansbindung.

BM Ogertschnig sagt die von StR Braig geforderte Prüfung zu und befürwortet eine entsprechende Änderung des Beschlussantrages. Er betont jedoch auch, dass sich eine dauerhafte Vermietung von nur interimswise erstellten Stellplätzen wegen der später notwendigen Rückabwicklung schwierig gestalten könne. Eine Anrechnung von angemieteten Stellplätzen auf Stellplatzablösungen sei nicht möglich.

StR Zügel erklärt zu StR Weber gewandt, es gelte zwar, eine unnötige Versiegelung von Flächen zu vermeiden, mit Rücksicht auf das Schuhwerk der Parkplatznutzer werde die Teilasphaltierung jedoch befürwortet. Für diese Variante spreche zudem auch der Aspekt der Unterhaltungskosten.

StR Kolesch gibt StR Zügel recht. Zum Thema Kurzzeitparkplätze versus Dauerparkplätze erklärt er, unter „Bewirtschaftung“, wie im Beschlussantrag formuliert, sei beides zu verstehen – die Formulierung daher in Ordnung. Wichtig sei ihm, dass im Fall der Ausweisung als Dauerparkplatz kein Behördenparkplatz, sondern ein Parkplatz für Anwohner bzw. Beschäftigte der Innenstadt entsteht. In letzter Zeit werde es aufgrund verkehrsrechtlicher Anordnungen für diese ohnehin schwieriger, einen oberirdischen Parkplatz zu finden.

Zur Anrechnung auf Stellplatzablösungen sei der befristete Parkplatz ungeeignet – er bittet die Verwaltung jedoch zu prüfen, ob es hierfür an anderer Stelle Möglichkeiten gibt.

StR Braig erklärt, er sehe die Stellplatzanlage Zeppelinring/ Neherstraße als Einstieg für eine Anrechnung von Ablösebeträgen auf Stellplätze an anderer Stelle und betont, in anderen Städten sei die Stellplatzablösung gänzlich abgeschafft worden.

StR Keil spricht sich für eine Ausschreibung der Stellplätze und eine gleichberechtigte Behandlung der Interessenten aus. Zur Anrechnung auf Stellplatzablösungen taue die vorübergehende Anlage nicht.

StR Weber plädiert angesichts der vorübergehenden Einrichtung der Stellplatzanlage nochmals für die einfache und kostengünstige wassergebundene Lösung. Ausnahme könnten die beiden Behindertenstellplätze sein.

BM Ogertschnig betont, dass das anfallende Oberflächenwasser vor Ort versickert und nicht in die Kanalisation eingeleitet wird. Auch seien die Ansprüche an die Verkehrssicherheit öffentlicher Flächen gewachsen.

Ohne weitere Aussprache wird der Antrag der Grünen-Fraktion, die gesamte Parkplatzanlage wassergebunden auszuführen, bei 2 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Den folgenden, aufgrund des FDP-Antrags geänderten Beschlussanträgen wird bei 2 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt:

- 1. Dem Entwurf für die geplante, zeitlich begrenzte Stellplatzanlage mit 48 Stellplätzen am Zeppelinring/ Neherstraße wird zugestimmt. Die Art der Bewirtschaftung der Stellplatzanlage wird geprüft.**
- 2. Für die Realisierung der Stellplatzanlage am Zeppelinring/ Neherstraße werden 50.000,00 € außerplanmäßig im Vermögenshaushalt zur Verfügung gestellt. Die Deckung ist gewährleistet durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 80/2008 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Bei HHst. 2.6600.951104.0/100 – Radweg Saulgauer Straße, werden überplanmäßig 200.000,00 € bereitgestellt.**

- 2. Zur Deckung wird die bei HHst. 2.6600.361000.4/001 vereinnahmte 1. Abschlagszahlung des Landes in Höhe von 200.000,00 € herangezogen.**

Dem Bauausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 94/2008 zur Beschlussfassung vor.

StR Nuding signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion zu dieser notwendigen und plausibel begründeten Ersatzbeschaffung. Er erkundigt sich jedoch nach den Alternativen einer *eigenen* Kehrmaschine sowie nach dem täglichen Einsatzzeitraum. Des Weiteren interessiert ihn, was mit dem Altfahrzeug geschieht.

Herr Merkle erklärt, Alternative zu einer eigenen Kehrmaschine sei die Fremdvergabe der Arbeiten. Welche Variante kostengünstiger sei, müsse jede Stadt für sich entscheiden. Die Kehrmaschine werde im 2-Schicht-Betrieb zwischen 4:00 Uhr und 17:30 bzw. 18:00 Uhr eingesetzt. Die dabei zu beachtende EU-Lärmschutzrichtlinie mache den Einsatz nicht gerade einfacher, obwohl die Geräte mittlerweile geräuscharmer arbeiten würden als früher. Das Altfahrzeug plane man in Zahlung zu geben oder zum Verkauf auszuschreiben.

StR Rieger befürwortet die Ersatzbeschaffung. Erfreulich sei, dass die Wartung des Fahrzeugs in einer Niederlassung in den Stegwiesen erfolgen könne.

StR Braig erkundigt sich, ob es bei der vorliegenden separaten Ausschreibung tatsächlich möglich sei, den zweitgünstigsten Bieter für den Kehraufbau zu wählen.

Herr Merkle bestätigt dies – die Entscheidung sei jedoch zu begründen. Beim gewählten Kehraufbau handle es sich zwar nicht um das kostengünstigste aber um das wirtschaftlich günstigste Angebot.

Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Auftragserteilung an die Fa. Bucher Schörling GmbH, Hannover für die Beschaffung des Trägerfahrzeuges (Fabrikat IVECO) zum Preis von 75.327 € wird zugestimmt.**
- 2. Der Auftragserteilung an die Fa. Bucher Schörling GmbH, Hannover zum Gesamtpreis von 111.616,05 € für die Beschaffung des Kehraufbaus wird zugestimmt.**

Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 „Winterdienstbereich 2007/2008“ und „Bericht über die Straßenreinigung in Biberach im Jahr 2007“ werden gemeinsam beraten.

Dem Bauausschuss liegen die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügten Drucksachen Nr. 86/2008 und 87/2008 zur Kenntnisnahme vor.

StR Kolesch dankt den Mitarbeitern des Baubetriebsamtes für die geleistete Arbeit sowohl beim Winterdienst als auch bei der Straßenreinigung.

Er lobt die in diesem Jahr auf das notwendige Maß beschränkten Vorlagen bezüglich Umfang und Inhalt. Ärgerlich seien die Verwüstungen im Stadtgebiet, insbesondere der Vandalismus an den Terrakottgefäßen am Marktplatz, die teilweise von den Geschäftstreibenden mitfinanziert wurden. Bezüglich des Hausmülls in öffentlichen Abfallkörben wünsche sich die CDU-Fraktion tiefergreifende Ermittlungen zur Auffindung der Verursacher. Teilweise könnten die Verantwortlichen von anderen Bürgern konkret benannt werden. Er weist darauf hin, dass auch die Ablagerung von wildem Müll im Wald nach entsprechendem Einsatz der Forstverwaltung mittlerweile zurückgegangen sei. Bei der Lösung des Problems könne zudem eine Verengung der Einwurföffnungen an Abfallkörben helfen. Vorteil hierbei sei auch, dass der Müll von Vögeln nicht mehr aus den Körben gezogen werden kann.

StR Keil lobt die Arbeit des Winterdienstes und weist darauf hin, dass dieser selbst an Ostern noch im Einsatz gewesen sei. Die vereinbarte Pauschale im Bereich der Fremdvergabe werde von der SPD-Fraktion ausdrücklich befürwortet.

Zum Straßenreinigungsbericht betont er, das Problem der Vermüllung sei erkannt. Nun gelte es entsprechend zu handeln. Nachdem „wilder Müll“ gehäuft im Bereich von Studentenwohnungen auftrete, bittet er darum, die Hochschule und den Landkreis einzubinden und das Müllsystem auch im Anschreiben an Neubürger entsprechend zu vermitteln. Er weist auf den ungunstigen Trend an Schützen hin, Artikel und Lebensmittel in Verpackungen auszugeben und bittet um ein entsprechendes Signal an die Schützendirektion. Auch eine Verengung des Einwurfs von Müllbehältern sowie erweiterte Kontrollen durch den Präsenzdienst könnten zur Eindämmung des Müllproblems beitragen.

StR Rieger spricht dem Baubetriebsamt den Dank der Freien Wähler/UB-Fraktion aus und erklärt, der Winterdienst sei im vergangenen Jahr erfreulich günstig ausgefallen. Zu den Graffitis im Wieland-Park habe man bereits eine über einen Bewegungsmelder gesteuerte Beleuchtung angeregt, um die Situation zu verbessern. Kontrollen durch die Polizei würden sich im Park schwierig gestalten – auch zerstoche Reifen bei der Rückkehr zum Dienstfahrzeug habe es schon gegeben. Er weist auf die zunehmende Taubenplage hin und bittet darum, geeignete Maßnahmen – insbesondere auch im Hinblick auf den Taubenkot – zu ergreifen. Ein weiteres Anliegen sei ihm die Entfernung der Glasscherben in den Fugen der gepflasterten Bereiche rund um die Stadtbücherei. Diese würden vor allem Radfahrern zu schaffen machen. Er bittet daher zu prüfen, ob durch den Einsatz der Kehmaschine die Situation verbessert werden kann. Des Weiteren regt er einen „Umweltschützabatz“ für Personen an, die Müll sammeln und abgeben und spricht sich für Auf-

klärungskampagnen aus. Er schlägt vor, beispielsweise die Kosten der Beseitigung von abgelager-tem Müll über die Presse publik zu machen.

StR Weber erkundigt sich angesichts des zweiten milden Winters in Folge, ob im Bereich der Fremdvergabe durch eine Abkehr von der pauschalen Vergütung Kosten eingespart werden könnten. Zum Thema Vermüllung schließt er sich der Aussage der CDU-Fraktion an. Er dankt dem Bau- betriebsamt und betont, Pflanzen im Straßenraum seien doch nicht als „Problem“ sondern als etwas Schönes zu sehen.

StR Braig bittet ebenfalls um Informationen zur pauschalen Vergütung der „Fremdvergabe“ und interessiert sich dabei insbesondere für die Preisbindungsfrist. Auch er spricht sich für geschlos- sene Abfallkörbe mit kleinen Öffnungen aus und bittet das Ordnungsamt um einen Sachstands- bericht zum Taubenproblem.

Herr Fessler erklärt hierzu, der Tierschutzverein Mittelbiberach habe im Taubenhaus im Spital- gebäude zusätzliche Brieftauben eingesetzt um Stadttauben anzulocken. Dies funktioniere gut. Die Gelege würden dann jeweils durch Gipseier ersetzt.

Herr Merkle spricht sich für eine konsequente Verfolgung von Müllsündern, den entsprechenden Einsatz des Präsenzdienstes und für die Verengung der Öffnungen bei Abfallkörben aus. Bei letzt- genanntem sei auf ein einheitliches System zu achten, wodurch auch die Bewirtschaftung - die Entleerung der Müllbehälter - vereinfacht werden könne. An den problematischen Stellen könn- ten die Behälter sukzessive durch entsprechend gestaltete Müllkörbe ersetzt werden. Nicht zu unterschätzen seien Krähen, die Abfallkörbe regelrecht ausräumen würden.

Der Vertrag mit dem Maschinenring betreffend des Winterdienstes in Wohngebieten laufe noch ein Jahr. Danach könne über die Art der Vergütung neu entschieden werden. Die derzeitige Pau- schale gehe von einer durchschnittlichen Winterdiensteinsatzzahl aus, die eine entsprechende Kostensicherheit bedeute. Je nach Strenge des Winters gehe diese Vereinbarung zu Lasten des Unternehmers oder der Stadt.

Bezüglich der Lebensmittelverpackungen an Schützen könne eventuell bei der Vergabe an die Budenbetreiber durch das Bauverwaltungsamt Einfluss genommen werden. Auch die angeregten Informationen zum Müllsystem für Studenten könnten hilfreich sein. Zu den Graffitis im Wieland- Park weist er darauf hin, dass die Sprayer teilweise am helllichten Tag zu Werke gehen. Zudem sei er sich sicher, dass Bewegungsmelder im Wieland-Park schnell dem Vandalismus zum Opfer fal- len würden.

Dem Problem der Glasscherben am Viehmarktplatz sei durch den Einsatz der Kehrmaschine nicht beizukommen – diese würde bei der dortigen Fugenbreite die Pflastersteine lösen. Einzige Mög- lichkeit sei daher die manuelle Entfernung der Scherben per Greifzange. Eine dauerhafte Lösung könne lediglich durch eine Belagsänderung erreicht werden.

BM Ogertschnig weist auf das Engagement von Herrn Maucher zur Sensibilisierung der Bürger für das Thema Müll hin. So habe man eine Stadtputzede mit den Schulen organisiert und das System der Gelben und Roten Karten eingeführt. Eine Veröffentlichung der jährlichen Kosten durch Van- dalismusschäden sei denkbar – dies werde einigen freuen, andere vielleicht zum Nachdenken an- regen.

StR Kolesch betont, das Taubenproblem habe deutlich zugenommen und führe mittlerweile bis zur Schädigung von Baudenkmalen.

StR Keil merkt hierzu an, die SPD-Fraktion würde eine Strafe für das Füttern von Tauben unterstützen.

StR Braig hinterfragt die ökologische Variante zur Lösung des Taubenproblems bzw. die Hinzuziehung des Tierschutzvereins.

Damit hat der Bauausschuss Kenntnis genommen.

Bauausschuss, 29.05.2008, öffentlich

Zur Beurkundung:

- Vorsitzender: BM Ogertschnig
- Stadträtin: Buttschardt
- Stadtrat: Hagel
- Schriftführerin: Markieton
- Gesehen: OB Fettback
- Gesehen: EBM Wersch